



**Deutsches
Jugendinstitut**

„Maßnahmen gegen
Rechtsextremismus und Gewalt“

Regionale Arbeitsstelle Leipzig

Susanne Klingelhöfer
Ulrich Brüggemann
Gun Hoßbach

Teubnerstr. 11

04317 Leipzig

Tel.: 0341-56654-28 /27 /11

Fax.: 0341-56654-47

Email: klingelhoefer@dji.de

ulrich.brueggemann@dji.de

hossbach@dji.de

Internet: www.dji.de

Bericht

der wissenschaftlichen Begleitung

der

„Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

und Gewalt“

Aktualisierte Fassung des Zwischenberichts vom 19.11.2001

Leipzig, den 19.04.2002

Inhaltsverzeichnis

0.	Vorwort	3
1.	Das Aktionsprogramm: „Xenos“, „Civitas“ und „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ – praxisrelevante und programmbezogene Abgrenzungen in einem politisch brisanten Feld	4
2.	Das Teilprogramm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ – Konzeption, Zielsetzung und Ausstattung	6
2.1.	Politische Bildung im Kontext der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt	7
3.	Wissenschaftliche Begleitung des Teilprogramms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ – Forschungsdesign und Umsetzung	9
3.1	Aufgabenstellung und Umsetzung	9
3.2	Stand der Datenerhebung	10
4.	Ergebnisse	11
4.1	Verteilung der geförderten Projekte nach Bundesländern	11
4.2	Verteilung der geförderten Projekte nach Standorten	13
4.3	Aufschlüsselung der Projektträger	13
4.4	Inhaltliche Umsetzung des Maßnahmeprogramms	14
4.5	Projekttypen und Methoden: Die besuchten Projekte	18
4.6	Quantitative Verteilung der Projekttypen und methodischen Ansätze	19
4.7	Zielgruppen	22
4.8	Verknüpfung von Zielgruppen und methodischen Ansätzen	24
4.9	Darstellung der Laufzeit der Projekte	25
5.	Fazit	27
6.	Perspektiven: Weiterführung des Programmteils „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ im Jahr 2002	29
	Anlage	31

Vorwort

In den letzten Jahren, besonders aber seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist es der Rechtsextremismus, der die Demokratie – und dies nicht nur in Deutschland – herausfordert. Aufmärsche neonazistischer Organisationen, „Nationaler Widerstand“, dominant auftretende rechtsextreme Jugendcliquen, fremdenfeindliche Übergriffe, Wahlerfolge rechter Parteien, ein Anwachsen von Kameradschaften, Rassismus und rechtsradikaler Musik im Internet sind nur einige Facetten dieses Phänomens.

Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung dieser Entwicklung die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu einem Schwerpunkt ihrer Jugendpolitik gemacht.

Unter dem Dach des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ hat die Bundesregierung im Jahr 2000 das Aktionsprogramm „Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ aufgelegt. Mit diesem umfassenden Programm sollte erstmals auf allen Ebenen der Jugendarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit vorgegangen und die demokratische Kultur bei Jugendlichen gestärkt werden.

In diesem Zusammenhang wird der politischen Jugendbildung, wie sie im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) beschrieben ist, bei der Bekämpfung und vor allem der Prävention des Rechtsextremismus eine wesentliche Rolle zugewiesen.

Die Bundesregierung hat dies durch die Einrichtung des Teilprogramms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ mit einer Förderhöhe von 30 Millionen DM für das Jahr 2001 innerhalb des Aktionsprogramms deutlich gemacht.

Mit der wissenschaftlichen Begleitung dieses Teilprogramms hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Deutsche Jugendinstitut e.V. beauftragt.

Der folgende Bericht ist Ergebnis der Auswertung der bisher vorliegenden Daten und Erfahrungen. Die auf einem Datenrücklauf von 45% der Fragebögen basierenden Ergebnisse des Zwischenberichts vom 19.11.2001 haben sich in der abschließenden Auswertung auf der Grundlage von rd. 70% der Projektfragebögen bestätigt bzw. noch deutlicher herauskristallisiert.

Leipzig, den 19. April 2002

1. Das Aktionsprogramm: „XENOS“, „CIVITAS“ und „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ – praxisrelevante und programmbezogene Abgrenzungen in einem politisch brisanten Themenfeld

Ziel des Aktionsprogramms ist es, demokratisches Verhalten und ziviles Engagement bei Jugendlichen zu stärken sowie Weltoffenheit und Toleranz zu fördern. Jugendliche, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wenden, sollen in ihrem Handeln unterstützt werden. Gleichzeitig sollen rechtsorientierte oder gefährdete Jugendliche erreicht und zu einer Auseinandersetzung mit sich selbst und dem demokratischen Wertesystem motiviert werden. Das Aktionsprogramm setzt dazu auf verschiedenen Maßnahmeebenen an, die auf unterschiedliche Weise ineinander greifen, aber gleichzeitig eigene Schwerpunkte setzen. Dieses Vorgehen begründet sich zum einen in den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, den damit verbundenen jugendpolitischen Frage- und Aufgabenstellungen und den heterogenen Entwicklungen des Jugendhilfesystems in Ost und West. Zum anderen basieren die Unterschiede auf der Erfahrung, dass die Prävention und Bekämpfung rechts-extremistischer oder fremdenfeindlicher Erscheinungen auf den verschiedenen Ebenen der von Jugendlichen erlebten und gelebten gesellschaftlichen Wirklichkeit (Familie, Bildung, Ausbildung, Clique, Schule etc.) ansetzen muss.

Das Aktionsprogramm hat demzufolge drei unterschiedliche Schwerpunktsetzungen vorgenommen, die sich in den folgenden drei Teilprogrammen niederschlagen:

XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt stellt eine Verbindung von arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen und Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz dar. Mit Xenos werden vor allem Maßnahmen gefördert, die das gemeinsame Arbeiten und Lernen von deutschen und ausländischen Jugendlichen und Erwachsenen fördern sollen.

CIVITAS – Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern widmet sich der besonderen Situation in den neuen Bundesländern, die auf die unterschiedliche Entwicklung der Jugendhilfesysteme zurückgeführt wird.

Einerseits sollen hier Modellprojekte entwickelt werden, die Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern beraten und unterstützen. Diese so genannten „Mobilen Beratungsteams“ (MBTs) agieren in unterschiedlichen Handlungsfeldern wie z. B. Schule, Jugendhilfe, Verwaltung und Wirtschaft. Die MBTs sind so ausgerichtet, dass sie eine verlässliche, kompetente und kontinuierliche Beratungsstruktur gewährleisten.

Einen zweiten Schwerpunkt bildet der Aufbau von Beratungsstrukturen für Opfer bzw. potentielle Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Diese Opferberatungsstellen sollen ein niederschwelliges Angebot vor allem für Menschen darstellen, deren Situation oft von mangelnder Mobilität, großer Rechtsunsicherheit, sprachlichen Verständigungsproblemen und tiefem Misstrauen gegenüber Behörden und Institutionen gekennzeichnet ist. Darüber hinaus sollen die Opferberatungsstellen lokale Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozesse als Präventionsmaßnahme anregen und begleiten.

Die **Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt** als dritter Teil im Aktionsprogramm legt den Schwerpunkt auf die Förderung der politischen Bildung, die in der Fachdiskussion als wichtiges Instrument zur Prävention und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit anerkannt ist. Im Rahmen der im KJP formulierten politischen Bildung werden im Besonderen Projekte gefördert, die „Informationsveranstaltungen gegen Rechts“, „Maßnahmen zur Unterstützung der (außerschulischen) Jugendbildungsarbeit“ und „Maßnahmen zur Initiierung von kommunalem Engagement“ fördern, aufbauen oder weiterentwickeln.

Ergänzt wird dieser Programmteil durch die „**Lokalen Aktionspläne**“ zur Förderung von Strategien und Maßnahmen vor Ort, die auf eine nachhaltige Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zielen. Die Mittel wurden an die Jugendämter ausgewählter Standorte des Programms „Entwicklung & Chancen junger Menschen“ (E&C) ausgegeben, um von dort aus Netzwerke und Kooperationstrategien vor Ort zu initiieren.

Durch das thematische Auffächern des Problemkomplexes Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt im Sinne einer zielgerichteten und zeitgemäßen Entwicklung von Präventions- und Bekämpfungsstrategien soll es mittels dieser drei Programmteile gelingen:

- eine breit gefächerte Zielgruppe anzusprechen (Haupt- und BerufsschülerInnen, engagierte Jugendliche, gefährdete und rechtsorientierte Jugendliche, MultiplikatorInnen wie LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Eltern, VerwaltungsmitarbeiterInnen und MitarbeiterInnen im Amt, Akteure im Gemeinwesen, Opfer rechter Gewalt, ArbeitnehmerInnen, MigrantInnen etc.).
- eine Vielzahl von Maßnahmeformen und methodischen Ansätzen zu entwickeln oder bestehende Konzeptionen weiterzuentwickeln.
- Netzwerke und Kooperationen zu fordern und zu fördern.
- innovative Ansätze, die aus der sonstigen kommunalen Jugendförderung nicht finanzierbar wären, zu entwickeln und auf ihre Praxistauglichkeit hin zu testen.
- interdisziplinäre Arbeitsansätze bei der Entwicklung von Strategien zur Förderung von Demokratie und Toleranz voran zu bringen, die rechtsextreme Entwicklungen und Phänomene im Kontext gesamtgesellschaftlicher Fragestellungen verorten und bearbeiten.
- die Bereiche Arbeit, Freizeit und Bildung gleichermaßen abzudecken.

Die drei Programmteile sind somit sowohl in ihrer Zielsetzung als auch in ihrer konzeptionellen Anlage unter dem Gesichtspunkt der Umsetzung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ nicht voneinander zu trennen, obwohl jedes Teilprogramm für sich einen eigenständigen und konzeptionell schlüssigen Arbeitsansatz darstellt.

Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung wäre ein wesentlich intensiverer Austausch über die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Teilprogramme nicht nur wünschenswert, sondern im Sinne einer Verstetigung gelungener Ansätze im direkten Austausch mit den PraktikerInnen vor Ort absolut notwendig und förderungswürdig.

2. Das Teilprogramm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ – Konzeption, Zielsetzung und Ausstattung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ für das Jahr 2001 einmalig Mittel in Höhe von 30 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Eingestellt wurden diese Mittel in den Kinder- und Jugendplan (KJP) unter der Position 1.2 „Politische Bildung“, da das Teilprogramm die Förderung der Politischen Bildung als Schwerpunkt bei der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt anstrebt.

Das Teilprogramm setzt im Sinne der Stärkung der demokratischen Kultur bei jungen Menschen an drei verschiedenen Maßnahmenbereichen an:

- **Maßnahmen mit öffentlicher (medialer) Breitenwirkung**
Im Kern ist hier an die breite Initiierung einer Vielzahl von Events (z. B. Aktionstage, Rock gegen Rechts etc.) vor Ort gedacht, die durch eine entsprechende medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit begleitet wird.
- **Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendbildungsarbeit**
Gemeinsam mit den Partnern (der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), den Ländern und den bundeszentralen und kommunalen Trägern der Bildungsarbeit) soll innerhalb dieses Maßnahmenbereichs das gesamte Spektrum der politischen Jugendbildungsarbeit erreicht werden. Sowohl die Qualifizierung von MultiplikatorInnen der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie Kooperationsprojekte mit Schulen, die Entwicklung von Arbeitshilfen für die pädagogische Praxis, Veranstaltungen zur Förderung von Medienkompetenz in medienpädagogischen Angeboten, Jugendaustauschmaßnahmen wie auch der Erfahrungsaustausch über verschiedene Arbeitsmodelle und pädagogische Ansätze sollen unter diesem Punkt entwickelt und gefördert werden.
- **Maßnahmen zur Initiierung von (kommunalem) Engagement**
In diesem Bereich liegt der Schwerpunkt auf der Implementierung lokaler Aktionspläne und lokaler Partnerschaften gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenhass. Ziel ist die Stärkung örtlicher Netzwerke, konkret die Vernetzung bestehender Angebote unter Einbeziehung der Jugendhilfe, Kirche, Schule, Polizei, Justiz, Arbeitsverwaltung und der Wirtschaft. Dieser Maßnahmenbereich hat eine direkte Anbindung an die Kommunen, die im Rahmen der Programme „Soziale Stadt“ und „Entwicklung & Chancen junger Menschen“ eingebunden sind.

Die Zielgruppen, die mit dem Teilprogramm erreicht und insbesondere im Sinne von Beteiligungsprozessen unmittelbar einbezogen werden sollen, sind:

- Kinder
- SchülerInnen, insbesondere Haupt- und BerufsschülerInnen
- (männliche) rechtsorientierte und/oder gefährdete Jugendliche, vor allem im Zusammenhang mit Jugendbildungsmaßnahmen
- Jugendliche mit zivilgesellschaftlichem Engagement
- lokale Akteure im Gemeinwesen
- MultiplikatorInnen

Die zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 30 Millionen DM für 2001, die vorrangig zur Aktivierung und Unterstützung von Maßnahmen vor Ort verwendet werden sollen, sind zum Teil über die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung (gsub), die als Servicestelle für die Bundesmittelvergabe dient, sowie - nach dem Königsteiner Schlüssel - über die Landesministerien vergeben worden.

Die Aufteilung der Mittel erfolgte nach den Schwerpunkten:

- Umsetzung des Teilprogramms in den Ländern und Kommunen
- rd. 14,9 Millionen DM -
- Implementierung der Lokalen Aktionspläne im Rahmen der Plattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in Stadtteilen und Landkreisen mit besonderem Entwicklungsbedarf (E&C-Programm)“
- rd. 3,5 Millionen DM -
- Umsetzung der Maßnahmen der Jugendbildung durch die bundeszentralen Träger der Jugendbildung (BpB, GEMINI, AdB, kirchliche Bildungsträger etc.) sowie Förderung von Trägern mit zentralen Integrationsaufgaben
- rd. 7,7 Millionen DM -
- Umsetzung von modellhaften, bundeszentral bedeutsamen Maßnahmen durch das BMFSFJ
- rd. 3,9 Millionen DM -

2.1 Politische Bildung im Kontext der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt

Der Schwerpunkt des Programmteils „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ liegt auf der Förderung der politischen Bildung. Diese soll, wie es im Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes unter II. Punkt 1 (Gemeinsames Ministerialblatt, 52. Jahrgang, Berlin 10.01.2001) formuliert ist, jungen Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik sowie die politisch und sozial bedeutsamen Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft vermitteln. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, die eigene Urteilsbildung zu gesellschaftlichen Vorgängen und Konflikten zu ermöglichen, zur Verantwortung gegenüber sich selbst, der Gesellschaft und den Mitmenschen zu befähigen sowie zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung anzuregen. Die politische Bildung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der kulturellen Bildung, wie sie im KJP (II Punkt 2.) formuliert ist.

Damit wird deutlich, dass der politischen Bildung eine wesentliche Rolle bei der Prävention und Bekämpfung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Entwicklungen und Erscheinungen zukommt.

Diese „Neuorientierung“ in Bezug auf Chancen und Grenzen politischer Bildung im Kontext des Themenfeldes Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und die damit verbundene Suche nach zeitgemäßen, partizipativen und realitätsbezogenen didaktischen und methodischen Ansätzen verdeutlicht gleichzeitig die bedauerliche und regressive Vernachlässigung dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe zumindest in den 90er-Jahren.

So galt es in der wissenschaftlich-öffentlichen Debatte spätestens seit dem von Heitmeyer in seiner Studie von 1987 formulierten Verdikt¹ als weithin bestätigt, dass die Bemühungen einer aufklärenden politischen Bildung angesichts des aktuellen Rechtsextremismus ins Leere laufen müssen. Gemessen an dem insbesondere durch die Politik formulierten Wunsch, die politische Bildung könne als „gesellschaftspolitische Feuerwehr“, sozusagen als „Umerziehungsmaßnahme mit Sofortwirkung“ direkt Einfluss auf Gewaltbereitschaft und Rechtsorientierung nehmen, ist diese Einschätzung auch angemessen. Denn eine politische Bildung, die sich im Kontext des Problemfeldes als demokratie- und toleranzfördernd versteht, ist als schulische wie auch als außerschulische politische Bildungsarbeit auf mittel- und langfristige Prozesse angewiesen. Dies wird vor allem auch dort deutlich, wo sie kooperativ und partizipativ im Kontext sozialer und gemeinwesenorientierter (Jugend-) Arbeit stattfinden soll. Diese Form von Netzwerken oder interdisziplinären Arbeitsansätzen, die in Deutschland noch kaum vorhanden sind, gilt es zu fördern, damit die Themen Rechtsextremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile und Antisemitismus über aktuelle Anlässe und Sonderprogramme hinaus zentrale Themen der politischen Bildung werden. Dabei sollte es aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung immer um mehrere Dimensionen gehen:

- Herausarbeiten der politischen Strukturen und Strategien des organisierten Rechtsextremismus
- Analyse des Entstehens fremdenfeindlicher, autoritärer Handlungs- und Orientierungsmuster in der Mitte der Gesellschaft
- Wirkungen und Funktionen von Vorurteilen
- Untersuchung von öffentlich-politischen Diskursen der Ausgrenzung
- Migrationspolitik
- Erinnern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und deren Verbrechen sowie Wirken gegen die Leugnung des Holocaust
- Analyse der Agitations- und Propagandaarbeit in jugendlichen Szenen, vor allem der rechten Musik- und Skinheadszene

Das Teilprogramm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ hat mit seiner klaren Ausrichtung auf die Förderung dieses immens wichtigen Bereichs einen ersten richtigen Schritt getan, indem die zur Prävention und Bekämpfung des Rechtsextremismus unabdingbare (außerschulische) Jugendbildung wieder eine ihr angemessenere Rolle in den Strategien zur Förderung von Demokratie und Toleranz zugewiesen bekommen hat. Diese Diskussion hat nicht zuletzt seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 – gerade auch bezüglich der Auseinandersetzung um Wertesysteme, Kulturen und Religionen – eine nicht mehr von der Hand zu weisende enorme Aktualität bekommen.

¹ W. HEITMEYER, Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim/München 1987, S. 200ff.

3. Wissenschaftliche Begleitung des Teilprogramms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ – Forschungsdesign und Umsetzung

3.1 Aufgabenstellung und Umsetzung

Im Zentrum der wissenschaftlichen Begleitung des Maßnahmeprogramms stehen folgende Aufgaben:

- Einrichtung und Fortschreibung einer Übersicht aller geförderten Projekte und Aktivitäten des Programmteils.
- Besuch und fachliche Analyse von 15 bis 20 Projekten des Programmteils hinsichtlich ihrer Voraussetzungen, konzeptionellen Grundlagen, erreichten Zielgruppen und der bereits vorliegenden gewonnenen Erfahrungen.
- Vorbereitung, Organisation, Durchführung und Dokumentation einer Messe im Februar 2002, auf der sich als Ergebnis des Programmteils ca. 100 Projekte aus dem Maßnahmeprogramm präsentieren.
- Erstellung eines Abschlussberichtes dieses Programmteils für den Deutschen Bundestag.

Das Deutsche Jugendinstitut, das vom BMFSFJ mit der wissenschaftlichen Begleitung des Teilprogrammes beauftragt wurde, hat sich zur Umsetzung dieses Auftrages verschiedener Methoden der qualitativen und quantitativen empirischen Sozialforschung bedient.

Zur Datenerhebung wurde ein vom DJI entwickelter teilstandardisierter Fragebogen an alle im Programmteil geförderten Projekte versandt. Neben einer Kurzbeschreibung und Darstellung der Umsetzung des Projekts wurden wesentliche Daten wie Zielsetzung, Methoden, Laufzeit, Zielgruppe, Standort des Projektes, Kooperationspartner, Öffentlichkeitsarbeit, Träger des Projektes, Kontaktadresse und Dokumentation der erzielten Erfahrungen erfragt. Anschließend wurden die Daten in eine eigens für das Maßnahmenprogramm entwickelte Datenbank eingegeben, die auch als Ausgangspunkt der quantitativen Analyse der Daten fungiert.

Darüber hinaus wurde ein zweiter Fragebogen zur Erfassung der Mittelvergabepraxis, der Beratungspraxis, der Qualitätssicherung und der „Knackpunkte“ bei der Umsetzung des Programms erstellt. Dieser Fragebogen wurde an die Landesministerien verteilt und ausgewertet.

Zur Dokumentation der im Maßnahmenprogramm geförderten Projekte hat das DJI eine Homepage des Programmteils auf den Internetseiten des DJI eingerichtet und die Datenbank unter dem Namen „MaReG“ (Abkürzung für **Ma**ßnahmen gegen **Re**chtsextremismus und **G**ewalt) in das Internet gestellt, um sie somit der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit als Informations-, Austausch- und Kontaktmöglichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Homepage und die Datenbank sind unter der Adresse <http://www.dji.de/jugend-fuer-toleranz> abrufbar.

Der quantitativen Auswertung der erhobenen Daten hat das DJI die über die Fragebögen erhobenen und in der Datenbank verdichteten Angaben zu Grunde gelegt. Es

wurde eine erste Typisierung der durchgeführten Projekte nach „Projekttyp“ (Art der Maßnahme) und „methodischem Ansatz“ vorgenommen, um einen strukturierten und systematischen inhaltlichen Überblick über die Projektvielfalt geben zu können.

Zur fachlich-qualitativen Analyse der besuchten Projekte hat das DJI spezielle Interviewleitfäden sowohl für die ProjektextpertInnen als auch für die TeilnehmerInnen entwickelt. Darüber hinaus wurde angestrebt, bei den Projektbesuchen auch die Möglichkeit zur teilnehmenden Beobachtung zu erhalten. Somit war es möglich, bei den Besuchen nicht nur die ExpertInnen zu befragen, sondern an Sequenzen selbst beobachtend teilnehmen zu können und darüber hinaus die von der jeweiligen Zielgruppe gemachten Erfahrungen auszuwerten. Die Ergebnisse dieser Besuche sind in der oben genannten Datenbank gesondert dargestellt. Als Grundlage für die Auswahl der „Besuchsprojekte“ dienten die inhaltlichen Kriterien der Streuung über die unterschiedlichen Projekttypen und methodischen Ansätze. Formuliertes Ziel der Besuche war es, Projektabläufe, Lern- und Erfahrungsprozesse in bestimmten Maßnahmeformen und, wo es möglich war, das „TeilnehmerInnen-Feedback“ – auch vor dem Hintergrund der Einbindung des Projekts in ein einjähriges Aktionsprogramm - nachzuvollziehen, zu analysieren und einzuordnen.

3.2 Stand der Datenerhebung

Auf Grundlage der Zuwendungsbescheide der Länder und des Bundes wurde eine Übersicht der Anzahl der im gesamten Maßnahmenprogramm geförderten Projekte erstellt. Der Stand ist auf Mitte September 2001 datiert. Zu diesem Zeitpunkt gab es im gesamten Maßnahmenprogramm **1504 geförderte Projekte**. Gleichzeitig waren noch nicht alle Mittel ausgeschüttet und in den Ländern lagen noch förderfähige Projektanträge vor.

Der Rücklauf der Fragebögen als Grundlage der vorliegenden Datenerhebung und Auswertung belief sich am 28.02.2002 auf **1054 Fragebögen**, das entspricht **70,1%** der gesamten Fragebögen. Die im Folgenden formulierten Ergebnisse sind daher nicht als repräsentativ für das gesamte Maßnahmenprogramm zu betrachten.

4. Ergebnisse

Die folgenden Daten beruhen auf den Aussagen der Landesministerien zum Stand der Bewilligung vom 15.09. 2001: von **1504** zu diesem Zeitpunkt bewilligten Projekten liegen der wissenschaftlichen Begleitung aktuell **1054** Fragebögen zur Auswertung vor. Das entspricht einem Prozentsatz von **70,1%**.

4.1 Verteilung der geförderten Projekte nach Bundesländern

Bundesländer, Landesmittel und Fördersummen

Stand 15.09.2001	Fördersumme Lt. Königsteiner Schlüssel	Anzahl der Projekt- förder- anträge	Bewilligte Projekt- förder- anträge	Fördersummen (von - bis)
Baden-Württemberg Ministerium für Kultur, Jugend und Sport	931.950 DM	87	75	485 DM - 40.000 DM
Baden-Württemberg Sozialministerium	931.950 DM	222	46	5.000 DM - 50.000 DM
Bayern Staatsministerium für Unterricht und Kultus	2.577.481 DM	290	271	400 DM - 90.000 DM
Berlin Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport	750.900 DM	389	173	425 DM - 25.000 DM
Brandenburg Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	469.700 DM	122	63	400 DM - 53.400 DM
Bremen Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	146.100 DM	64 47 - Stadt Bremen 7 - Land Bremen 10 - Stadt Bremerhaven	28 16 - Stadt Bremen 6 - Land Bremen 6 - Stadt Bremerhaven	2.000 DM - 8.750 DM
Hamburg Behörde für Schule, Jugend und Berufsbil- dung	371.800 DM	25	25	270,20 DM - 50.000 DM
Hessen Sozialministerium	1.038.714 DM	331	331	185 DM - 21.000 DM

Mecklenburg-Vorpommern Sozialministerium	337.800 DM	90	57	1.000 DM - 10.000 DM
Niedersachsen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	1.366.200 DM	68	27	5.000 DM - 421.000 DM
Nordrhein-Westfalen Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit	2.900.000 DM	41	41	5.000 DM - 300.000 DM
Rheinland-Pfalz Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend	694.560 DM	67	52	1.500 DM - 157.000 DM
Saarland Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales	184.614 DM	14	14	2.700 DM - 45.500 DM
Sachsen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie	750.000 DM	100	67	200,70 DM - 30.000 DM
Sachsen-Anhalt Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales	502.100 DM	15	12	2.630 DM - 20.000 DM
Schleswig-Holstein Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	493.500 DM	24	24	2.000 DM - 80.000 DM
Thüringen Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit	484.812 DM	18	15	5.000 DM - 421.130 DM
insgesamt	14.932.181	1.967	1.321	185 DM - 421.130 DM

Projekte aus Bundesmitteln	7.732.910 DM	219	124	6.500 DM – 872.200 DM
-----------------------------------	---------------------	------------	------------	------------------------------

Quelle: gsub

Lokale Aktionspläne	3.536.133 DM	73	59	Ca. 60.000 DM
----------------------------	---------------------	-----------	-----------	----------------------

Quelle: SPI

4.2 Verteilung der geförderten Projekte nach Standorten

In erster Linie wurde ausgewertet,

- wie sich die Stadt-Land-Verteilung der Projekte gestaltet,
- wie viele Projekte an einen Ort gebunden stattfanden bzw. wie viele Projekte überregional und bundesländerübergreifend konzipiert waren (z. B. als Städtepartnerschaften oder als städte- und länderverbindende Projekte),
- wie viele Projekte auch oder ausschließlich im Ausland stattfanden.

Die Auswertung zeigt, dass es keine Ballung der Projektaktivitäten in den Großstädten gegeben hat. Der Anteil der in deutschen Großstädten durchgeführten Projekte liegt mit 386 geförderten Projekten bei 36,8%. Dies deutet ebenso wie unsere weiteren Erkenntnisse darauf hin, dass die gewünschte Streuung über Ober-, Mittel- und Unterzentren sowie über ländliche Regionen erreicht wurde.

Der Anteil der Projekte, die nicht an einen Ort gebunden waren und entweder als Kooperationsprojekte verschiedener Bundesländer und/oder Kommunen (z. B. „Tour for Respect“), als überregionale Projekte (z. B. die „Anti-Gewalt-Kampagne in 60 bayerischen Städten“ des Pfadfinderbundes „Weltenbummler“ LV Bayern e.V.) oder als Projekte, die teilweise im Ausland (z. B. Workcamps und Jugendbegegnungen in Gedenkstätten in Polen, Vorbereitungsseminar in Deutschland) stattfanden, liegt bei 14,2%. Dies verdeutlicht, dass die geforderte überregionale Ausstrahlung der Projektaktivitäten bei bisher 150 Projekten gewährleistet war.

	Anzahl der geförderten Projekte in Prozent
Überregionale und bundesländer- Übergreifende Projekte	10,9%
Projekte mit Aufenthalt im Ausland	3,3%

Die bundesländerübergreifenden Projekte wurden auf Grund ihrer verschwindend geringen Anzahl unter die überregionalen Projekte subsumiert.

4.3 Aufschlüsselung der Projektträger

Es zeigte sich, dass zahlreiche Fragebögen nicht in Bezug auf die genaue Trägerstruktur auszuwerten waren. Dennoch können im Folgenden Aussagen über das Verhältnis von bundesweiten Trägern, landesweit organisierten und kommunal tätigen Trägern gemacht und diese zusätzlich in freie und öffentliche Träger differenziert werden.

	Anzahl der Projekte In Prozent
Bundesweite Träger	24,9%
Landesweite Träger	14,0%
Kommunale Träger	61,1%

	Anzahl der Projekte In Prozent
Freie Träger	80,3%
Öffentliche Träger	19,7%

Auch unter dem Gesichtspunkt der Größe der Träger und ihrer regionalen oder kommunalen Ausrichtung ist deutlich zu erkennen, dass es gelungen ist, in einem bedeutenden Maße örtlich bzw. kommunal organisierte Träger in das Maßnahmenprogramm zu integrieren. Dies widerspricht der häufig geäußerten Einschätzung, dass entsprechende Programme auf Grund ihrer Antragsbedingungen und Berichtspflicht nahezu ausschließlich von den großen „Konzernen“ akquiriert werden könnten. Im Gegensatz dazu ist im vorliegenden Fall klar erkennbar, dass sich insbesondere bei einer gut organisierten und transparenten Vergabep Praxis der Mittel auch kleine Träger in hohem Maße für die Umsetzung eines solchen Programms engagieren. Einen weiteren wesentlichen Grund dafür stellen die Förderbedingungen dar, die keine Kofinanzierung als Voraussetzung für die Bewilligung Projektanträge erforderten.

Die Angaben zu bundesweiten, landesweiten und kommunalen Trägern sagen dabei nichts darüber aus, auf welcher Ebene die Projekte letztlich umgesetzt wurden.

Unter den von öffentlichen Trägern oder Einrichtungen durchgeführten Projekten sind im wesentlichen Schulen und Jugendämter als Antragsteller zu finden. Bei den Projekten in schulischer Trägerschaft handelt es sich zumeist um Kooperationsprojekte mit kommunalen Einrichtungen der Jugendhilfe oder mit kommunalen Jugendbildungsträgern.

4.4 Inhaltliche Umsetzung des Maßnahmenprogramms

Für die Auswertung ist zunächst festzuhalten, dass im Rahmen des Maßnahmenprogramms ein breites Spektrum an Projektkonzeptionen entstanden ist.

Um einen strukturierten inhaltlichen Überblick über die geplanten und umgesetzten Projektvorhaben geben zu können, wurde durch die wissenschaftliche Begleitung eine Kategorisierung in Bezug auf die Art der Maßnahme („**Projekttyp**“) und den **methodischen Ansatz** vorgenommen.

Die Kategorie „Projekttyp“ verdeutlicht damit die äußere Struktur und Form eines Projekts, der „methodische Ansatz“ hingegen die jeweilige inhaltliche Arbeit. Die aus dem Datenmaterial gefilterten Projekttypen und methodischen Ansätze werden im Folgenden dargestellt und die methodischen Ansätze durch Beispiele konkretisiert:

Folgende „Projekttypen“ wurden im Rahmen des Maßnahmenprogramms umgesetzt:

1. Aktionstage / Projekte mit direkter öffentlicher Wirkung

Unter diesen Bereich fallen öffentlichkeits- bzw. medienwirksam umgesetzte Aktionen und Kampagne, wie z. B. Radtouren mit Informationsständen, Sternfahrten, Rockkonzerte, Festivals und andere Kulturevents wie beispielsweise „*Rock gegen Rechts*“.

2. Projekte zum Aufbau von Netzwerken

Dieser Projekttyp umfasst den Aufbau von längerfristig verankerten Informations-, Austausch-, Beratungs- und Kooperationsstrukturen zur Initiierung eines aktiven Dialogs sowie den Aufbau von Projekten vor Ort, wie z. B. Runde Tische, Arbeitsgruppen, Internetnetzwerke und der Aufbau von Experten- und Ideenpools.

3. Diskussions- / Informationsveranstaltungen

Hierzu zählen Foren zur Information über bestimmte Themen, zur Diskussion und zum gegenseitigem Austausch, wie z. B. Vorträge, Filmvorführungen, Elternabende und -informationstage.

4. Lokale Aktionspläne

Dieser Bereich umfasst die Erarbeitung von Aktionsplänen zur Förderung von Konzepten und Strategien vor Ort, die auf eine gemeinwesenorientierte, nachhaltige Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zielen (vgl. Kapitel 1, S. 3).

5. Projekte der internationalen Jugendbegegnung

Darunter subsumieren sich internationale, grenzüberschreitende Begegnungen, wie z. B. Workcamps, internationale Studienfahrten und Jugendpartnerschaften oder internationale Sommerschulen.

6. Projekte der nationalen Jugendbegegnung zwischen Ost und West

Hier handelt es sich um Jugendbegegnungsveranstaltungen mit Jugendlichen aus Ost- und Westdeutschland.

7. Medienproduktionen / Ausstellungen

Der Schwerpunkt liegt hier auf der Produktion von Videos, Filmen, CDs oder der Erarbeitung von Ausstellungen etc. mit dem Ziel ihrer breiten Dissemination.

8. Projekte zur Qualifizierung und Fortbildung; Fachtagungen und Kongresse

Dazu zählen Weiterbildungsmaßnahmen zur Qualifizierung und Beratung von MultiplikatorInnen (MitarbeiterInnen der Jugend- und Familienhilfe, LehrerInnen etc.), themenspezifische Fachveranstaltungen sowie Fortbildungsreihen, -seminare und -studien zur Didaktik der politischen Bildung, Konfliktmanagement etc.

9. Workshops / Workcamps / Seminare mit Jugendlichen

Dieser Projekttyp umfasst Veranstaltungen mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche, wie u.a. Projektstage, Seminare, Workshops und Wettbewerbe in Schulen, Jugendzentren und Freizeiteinrichtungen.

Folgende methodischen Ansätze wurden in der Arbeit der Projekte umgesetzt:

1. Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung

Hierzu gehören Anti-Gewalt-, Anti-Aggressions- und Anti-Rassismus-Trainings, Trainings zu Zivilcourage, Sozialkompetenztrainings, (Peer-)Mediation sowie Konfliktlotsen- und Streitschlichterausbildungen.

Bsp.: Durchführung des „Cool sein – Cool Bleiben“-Trainings des Frankfurter Kinderbüros zur Erhöhung der Handlungskompetenz von Jugendlichen in Gewalt- und Bedrohungssituationen durch die Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. in Trier.

2. Bildungsorientierte Ansätze

Der Schwerpunkt dieser informations- und diskussionsorientierten Ansätze liegt auf der Vermittlung von kognitiven Inhalten (Wissen, Informationen).

3. Erlebnispädagogische Ansätze

Die erlebnispädagogischen Ansätze konzentrieren sich auf die Schaffung sozial-räumlicher Arrangements, die gruppenspezifisch hochaufgeladen und erfahrungsorientiert sind. Im Zentrum stehen Erfahrungen eigener Körperlichkeit und der gemeinsame Umgang mit Grenzsituationen, die bei Abenteuerreisen und sportpädagogischen Projekten wie Klettern und Segeln entstehen.

Bsp.: Die durch den Landesjugendring und den Landesmedienverband Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten vier Segeltouren „Baltic Youth Cruise for peace and tolerance in the baltic sea region“.

4. Gemeinwesenorientierter Ansatz

Darunter wird ein stadtteilbezogener und generationsübergreifender Ansatz verstanden, der integrations- und identifikationsfördernd wirken soll.

Dieser methodische Ansatz trat zumeist in Verbindung mit dem Projekttyp „Lokaler Aktionsplan“ auf.

5. Geschichtsorientierte Ansätze

Im Bereich diesen Ansatzes wurden Besuche von Gedenkstätten, Gespräche und Diskussionen mit Zeitzeugen, Biografieforschung, zeitgeschichtliche Studienprogramme und -fahrten zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und dem Holocaust verwirklicht.

Bsp.: Workcamp auf dem Gelände des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück (Träger: Stiftung brandenburgische Gedenkstätten) mit Erstellung von Dokumentationen zum Gelände und zur Geschichte der inhaftierten Frauen.

6. Geschlechtsspezifische Ansätze

Diese streben Jungen- und Mädchenarbeit mit dem Ziel der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschlechterrolle und der Auseinandersetzung mit dem Thema „Gewalt und Männlichkeit“ sowie mädchenstärkende und -fördernde Angebote an.

Bsp.: Durch den Mädchentreff Bielefeld e.V. durchgeführtes Projekt „Girls act“ mit vor geschlechterspezifischem Hintergrund durchgeführten Workshops und Seminaren zum Thema „Rassismus“.

7. Interkulturelle Ansatz

Dieser Ansatz wird vorwiegend über Begegnungsveranstaltungen zwischen MigrantInnen und Deutschen, Annäherungen an andere Kulturräume mit dem Ziel des gegenseitigen Kennenlernens, des Austauschs und der Initiierung interkultureller Lernprozesse realisiert.

Bsp.: Der durch die Otto Benecke Stiftung und den Caritasverband für das Bistum Magdeburg durchgeführte Wettbewerb „Magdeburg goes Vietnam“.

8. Kulturpädagogische Ansätze

Hierzu zählen Erarbeitungen von Theaterstücken sowie Musikproduktionen und Konzerte, Literaturprojekte, Ausstellungen und Sportprojekte zum Thema „Toleranz und Demokratie“.

Bsp.: Erarbeitung des Theaterstücks „Asyltheater-Theaterasyl“ in Zusammenarbeit von Jugendlichen und Flüchtlingen (Träger: Landesvereinigung kulturelle Bildung Sachsen-Anhalt e.V.)

9. Medienpädagogische Ansätze

Beispiele für medienpädagogische Maßnahmen stellen u. a. Internetprojekte sowie Film-, Video- und CD-Produktionen dar. Neben der medienpädagogischen Annäherung an das Thema „Rechtsextremismus und Gewalt“ geht es um die gleichzeitige Vermittlung von Medienkompetenz.

Bsp.: Produktion eines Videos in Fortführung des Films „Die Welle“ durch den Landesfilmdienst Sachsen in Zusammenarbeit mit Jugendlichen.

10. Partizipationsorientierte Ansätze

Hierbei geht es um den Aufbau partizipatorischer Strukturen bzw. um Projekte mit einem hohen Grad an Eigenorganisation und Entscheidungskompetenz der TeilnehmerInnen, wie u.a. Kinder- und Jugendparlamente, Jugendkonferenzen und andere Beteiligungsprojekte zur Stärkung des Kontakts mit PolitikerInnen sowie durch Kinder und Jugendliche selbst organisierte und durchgeführte Projekte.

Bsp. Die „Kinder-machen-mit-Konferenz“ (Kimamiko) der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG).

4.5 Projekttypen und Methoden: Die besuchten Projekte

Zur Konkretisierung der vorgestellten Projekttypen und methodischen Ansätze sowie zur Darlegung der Auswahlkriterien für die besuchten Projekte werden im Folgenden einige Projektkonzeptionen und –umsetzungen kurz vorgestellt.

Insgesamt wurden 15 Projekte im gesamten Bundesgebiet besucht. Die Auswahl der besuchten Projekte erfolgte nach einer angestrebten Streuung über die entstandenen Projekttypen und angewandten Methoden sowie nach regionaler Ausgewogenheit. Ziel dieser Streuung war es dabei, in der qualitativen Analyse der Projekte Lernprozesse von Teilnehmenden in jeweils unterschiedlichen Projekt-konstellationen nachvollziehen und abbilden zu können.

Von den 15 besuchten Projekten wurden 12 Projektkonzeptionen und –aktivitäten im Rahmen von „good practice“- Darstellungen in der Datenbank „MaReG“ veröffentlicht. Das Kriterium der „good-practice-Qualität“ bemaß sich an einer ausgearbeiteten Konzeption, der Begründung der Methode und Maßnahmeform vor dem Hintergrund der lokalen Gegebenheiten, einer gelungenen Einbindung der Zielgruppe sowie angemessenen bzw. innovativen Herangehensweisen und Methoden.

Zu unterscheiden waren auf die Art der Maßnahme („Projekttyp“) bezogene „strukturelle Qualitäten“ (z.B. eine gelungene Kombination verschiedener Projekttypen) und „methodische Qualitäten“ (z.B. Weiterentwicklung einer Methode innerhalb eines Projektansatzes).

Ein Beispiel für „strukturelle Qualitäten“ findet sich in der Veranstaltungsreihe „**Das Politische Café**“ der Lea Rosh Kommunikation und Medien GmbH.

In Reaktion auf rechtsextreme Vorfälle in den jeweiligen Städten wurden hier 15 öffentliche Veranstaltungen in Rostock, Guben, Magdeburg, Frankfurt/Oder, Cottbus, Hoyerswerda, Potsdam, Rathenow, Wurzen, Eisenach und Berlin (fünf Veranstaltungen) durchgeführt.

Die Veranstaltungen wurden u.a. als „good practice“- Beispiel für den Projekttypus „**Diskussions- und Informationsveranstaltungen**“ ausgewählt, da das „Politische Café“ im Gegensatz zu anderen – zumeist einmaligen - Diskussionsveranstaltungen an den jeweiligen Standorten wiederholt werden soll, um gezielt Entwicklungen und Veränderungsprozesse in bestimmten Städten nachzuvollziehen und zu diskutieren.

Als Beispiel für methodische Qualitäten kann unter dem Gesichtspunkt der „**innovativen Methodenkombination**“ das durch Service Civil International und die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten durchgeführte **internationale Workcamp** für Frauen auf dem Gelände des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück genannt werden. Die **geschichtsorientierte Arbeit** fand dabei unter der besonderen Berücksichtigung von – historischen und aktuellen - **frauenspezifischen Fragestellungen** statt. An dem Workcamp beteiligt waren junge Frauen aus Deutschland, den USA, Sri Lanka, Pakistan und Finnland, die sich mit den Eindrücken aus Gesprächen mit weiblichen Zeitzeugen, Recherchen auf dem Grabungsgelände sowie mit Zeitdokumenten beschäftigten.

Ein weiteres in Bezug auf die Methodenkombination innovatives „good practice“-Projekt sieht die wissenschaftliche Begleitung in der Durchführung eines „**Internationalen Festivals der Kinder- und Jugendzirkusse**“ durch den Kinder-

und Jugendzirkus Cabuwazi. Das Projekt verband **interkulturelle** und **kulturpädagogische** Ansätze, indem sich 13 Kinder- und Jugendzirkusse aus Deutschland, Lettland, den Niederlanden und Russland austauschten, gemeinsam probten und Aufführungen vorbereiteten.

Als gutes Beispiel für die **Weiterentwicklung von Methoden** in Projekten kann in Bezug auf **partizipatorisches Herangehen** der Workshop „Ansätze demokratischen Lernens“ des Landesjugendrings Schleswig-Holstein dienen. Der praxisorientierte Workshop fand im Rahmen der Jugend-Ostseekonferenz in Neumünster statt und diente den 19 teilnehmenden, aus Ostseeanrainerstaaten stammenden Jugendlichen als Forum zur Entwicklung von Projektideen. Einige der ausgearbeiteten Konzeptionen für Projekte interkultureller Bildung und zur Beratung von Minderheiten sollen in den jeweiligen Heimatländern durch die Jugendlichen und ihre Herkunftsorganisationen selbst umgesetzt werden; hierzu wurden auf der Konferenz Kooperationsstrukturen gebildet.

Eine andere Form partizipatorischen Zugangs fand das Anne Frank Zentrum Berlin: Die **Neukonzipierung der Anne Frank Ausstellung** sieht u.a. vor, dass Jugendliche in Seminaren zu MultiplikatorInnen ausgebildet werden und anschließend selbst jugendliche BesucherInnen durch die Ausstellung führen.

Eine qualitative Darstellung der Erfahrungsprozesse in den jeweiligen Projektkonstellationen ist über die Darstellung der „good practice“-Ansätze in der Datenbank „MaReG“ abrufbar; Kurzfassungen der Projektdarstellungen finden sich in der Anlage zu diesem Bericht.

Hervorzuheben ist, dass die Bezeichnung „good practice“-Ansatz nicht als Abgrenzungsmerkmal gegenüber anderen, nicht besuchten Projekten zu verstehen ist. Die jeweiligen Projekte stellen nur einen sehr kleinen Ausschnitt an gelungenen Projektansätzen dar, erheben aber in ihrer Einzeldarstellung selbstverständlich auch keinen Anspruch auf Repräsentativität.

4.6 Quantitative Verteilung der Projekttypen und methodischen Ansätze

Da viele Projekte bei der Umsetzung zwei oder mehrere Projekttypen und insbesondere mehrere methodischen Ansätze verwirklichten, spiegeln die nachfolgenden Häufigkeitstabellen wider, dass **Mehrfachnennungen** in die Auswertung eingeflossen sind.

Projekttypen	Anzahl der Projekte in Prozent
Workshops / Workcamps / Seminare mit Kindern und Jugendlichen	45,9%
Aktionstage / Projekte mit direkter öffentlicher Wirkung	24,3%
Medienprojekte / Ausstellungen	13,7%
Projekte zur Qualifizierung und Fortbildung von MultiplikatorInnen	11,4%

Lokale Aktionspläne	5,1%
Diskussions- und Informationsveranstaltungen	4,7%
Internationale Jugendbegegnungen	2,9%
Projekte zum Aufbau von lokalen Netzwerken	2,9%
Nationale Jugendbegegnungen zwischen Ost und West	0,6%

Mehrfachzuordnungen waren möglich

Festzuhalten ist zunächst, dass ein breites Spektrum an Maßnahmeformen entstanden ist, die jeweils auf verschiedenen Ebenen wirksam werden (z.B. Fortbildungsmaßnahmen für MultiplikatorInnen als Basis für eine qualifizierte und professionalisierte Jugendbildungsarbeit, Projekte zum Aufbau möglichst nachhaltiger Netzwerke sowie eher temporär wirkende Aktionstage).

Fast die Hälfte aller bisher ausgewerteten Projekte hatte dabei (auch oder ausschließlich) die konkrete Arbeit mit Jugendlichen und Kindern in Workshops und Seminaren zum Ziel.

Ordnet man die entstandenen Projekttypen den übergeordneten Förderschwerpunkten in Bezug auf die gewünschten Projektaktivitäten (vgl. Punkt 2) zu, ergibt sich bezüglich des bisher zur Verfügung stehenden Datenmaterials folgendes Bild:

- Der Bereich „**Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendbildungsarbeit**“ wird insbesondere durch die Projekttypen „Qualifikation und Fortbildung von MultiplikatorInnen“ und die direkte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Workshops, Workcamps, Seminaren und Jugendbegegnungen abgedeckt. Zwei Drittel der Projekte engagieren sich auch bzw. ausschließlich in diesem Bereich.
- Den „**Maßnahmen mit öffentlicher Breitenwirkung**“ lassen sich vorrangig die „Aktionstage und Projekte mit direkter öffentlicher Wirkung“ sowie teilweise die „Informations- und Diskussionsveranstaltungen“ zuordnen.
- Unter den Schwerpunkt „**Maßnahmen zur Initiierung von (kommunalem) Engagement**“ lassen sich in allen Fällen die „Projekte zum Aufbau von lokalen Netzwerken“ sowie die „Lokalen Aktionspläne“ subsumieren. Es ist darüber hinaus davon auszugehen, dass auch Aktionstage und andere Projekttypen auf lokalem Engagement beruhen bzw. ein solches auslösten.

Genauere und stärker quantifizierbare Abgrenzungen zwischen den drei übergreifenden Förderbereichen lassen sich aufgrund des Ineinandergreifens der meisten Maßnahmeformen nicht vornehmen und sind aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung auch nicht wünschenswert. So ist es beispielsweise möglich, dass in Workshops mit Jugendlichen Medienproduktionen oder Ausstellungen erarbeitet werden, die später bei Informationsveranstaltungen oder Aktionen mit öffentlicher Breitenwirkung eingesetzt werden.

Als Fazit ist festzuhalten, dass durch die Projektlandschaft alle drei Förderschwerpunkte abgedeckt wurden; bei dem uns bisher vorliegenden Datenmaterial geschah dies unter einer Schwerpunktsetzung auf Projekte zur Förderung der politischen Jugendbildung.

In Bezug auf die Umsetzung der verschiedenen **methodischen Ansätze** ergibt sich folgendes Bild:

Methoden	Prozentualer Anzahl der Projekte
Bildungsorientierter Ansatz	40,1%
Kulturpädagogischer Ansatz	27,2%
Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung	21,2%
Interkultureller Ansatz	14,6%
Medienpädagogischer Ansatz	11,1%
Geschichtsorientierter Ansatz	10,5%
Gemeinwesenorientierter Ansatz	8,7%
Erlebnispädagogischer Ansatz	7,8%
Partizipatorischer Ansatz	4,7%
Geschlechtsspezifischer Ansatz	3,2%

Mehrfachzuordnungen waren möglich

Unter dem Vorzeichen der Förderung politischer Bildung stellt sich die Verteilung der methodischen Ansätze über die Projekte als breit gefächert und in Bezug auf die Schwerpunktsetzung bei bildungsorientierten und kulturpädagogischen Ansätzen sowie bei Ansätzen zur gewaltfreien Konfliktlösung und interkultureller Erziehung erwartungsgemäß dar. Positiv hervorzuheben ist, dass die vorliegende Vielzahl unterschiedlicher Zugänge sowohl kognitive, emotionale und handlungsbezogene Ebenen bei Kindern und Jugendlichen anzusprechen vermag. Theoretisch könnte diese Vielfalt methodischer Ansätze ermöglichen, auch „bildungsfernere“ Jugendliche zu erreichen, die sich nicht oder kaum zu einer Teilnahme an den „klassischen“ Bildungsseminaren motivieren lassen.

Rund 44% der geförderten Projekte kombinierten in ihrer Arbeit mehrere Methoden. Auffällig ist dabei, dass insbesondere der interkulturelle Ansatz häufig (nämlich in 84% der Fälle) mit einer oder mehreren anderen methodischen Zugängen verknüpft wurde. Gerade auch vor dem Hintergrund erster Ergebnisse aus der qualitativen Analyse interkultureller Projekte stellt sich die Frage, ob sich nicht eine „Überfrachtung“ insbesondere der interkulturellen Projekte kontraproduktiv auswirken kann. Zumindest in den Fällen, in denen allein die internationale oder interkulturelle Zusammensetzung der Gruppe zu entsprechenden Lernprozessen führen sollte bzw. einfach nicht genug Zeit und Raum zur Bearbeitung interkultureller oder kulturalisierter Konflikte blieb, wurden Vorurteile zumindest bei einigen TeilnehmerInnen der untersuchten Projekte eher stabilisiert oder verstärkt denn vermindert.

Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Jugendarbeit sollte laut Konzept des Maßnahmenprogramms auf der Förderung von medienpädagogischen Projekten und der Vermittlung von Medienkompetenz bei Jugendlichen liegen.

Betrachtet man die Häufigkeit der Umsetzung des medienpädagogischen Ansatzes auch in Zusammenhang mit der Anzahl des Projekttyps „Medienproduktionen und Ausstellungen“ (13,7%), so ergibt sich hier ein den Programmanforderungen entsprechendes und zufrieden stellendes Bild.

Kritisch hervorzuheben ist insbesondere der geringe Anteil an geschlechtersensiblen Zugängen. Dieses Problem kristallisiert sich in der vorliegenden abschließenden Auswertung noch wesentlich stärker heraus als in der Zwischenauswertung vom

19. November 2001. Um hier nähere Aussagen treffen zu können, wurde durch die wissenschaftliche Begleitung eine zusätzliche inhaltliche Differenzierung der 33 geschlechtsspezifischen Projekte durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass sich fast 70% der Projekte mit geschlechtersensiblen Ansatz an Mädchen und Frauen wandten, aber nur ca. 12% (vier Projekte) gewaltbereite Jungen und junge Männer als explizite und alleinige Zielgruppe auswiesen. drei Projekte wandten sich mit einem differenzierten Ansatz gleichzeitig an Jungen und Mädchen; vier Projekte wurden als Qualifizierungsprojekte im Genderbereich ausgewiesen, wobei sich zwei Fortbildungen auf gewaltpräventive Arbeit mit Jungen und jungen Männern bezogen. Der methodische Zugang zu Jungen und jungen Männern erfolgte dabei zumeist über Ansätze gewaltfreier Konfliktlösung, der Zugang zu Mädchen vorrangig über kulturpädagogische, interkulturelle und medienpädagogische Arbeitsformen.

Da ein Schwerpunkt des Maßnahmenprogramms auf der Arbeit mit männlichen Jugendlichen liegen sollte, zeigt sich hier ein deutliches Manko in der Umsetzung des Maßnahmenprogramms. Das Ergebnis spiegelt gleichzeitig die Problematik wider, dass sich die pädagogische Theorie und Praxis insgesamt mit der Konzeption und Umsetzung geschlechtsspezifischer Arbeit mit jungen Männern schwer tut.

Ein weiteres Ziel des Programmes war die Förderung der Auseinandersetzung mit den Erfahrungen von Opfern rechter Gewalt und deren fremdenfeindlicher (Alltags-) Erfahrungen. Der geschichtsorientierte Ansatz, der im Wesentlichen seinen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit Zeitzeugen und den Besuch der Gedenkstätten sieht, stellt einen Teil der notwendigen bildungspolitischen Arbeit mit Fokus auf der Opferperspektive dar. Dieser ist aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung zufriedenstellend umgesetzt worden. Zu bemängeln bleibt aber der stark unterbelichtete Fokus auf die Zusammenarbeit mit heutigen Opfern rechter Gewalt und fremdenfeindlicher Diskriminierung. Hier ist ein Nachholbedarf der politischen Bildungsarbeit sowohl im Bereich der Bildungskonzeptionen als auch bezüglich der Entwicklung pädagogischer Arbeitshilfen festzustellen.

Ebenfalls generell wünschenswert wäre ein stärkerer Einbezug partizipatorischer Elemente in die pädagogische Arbeit.

4.7 Zielgruppen

Das Maßnahmenprogramm richtete sich vorrangig an die folgenden Gruppen:

Zielgruppe	Anzahl der Projekte, die sich <u>auch</u> an die jeweilige Zielgruppe richtete (in Prozent)	Projekte, die sich <u>ausschließlich</u> an die jeweilige Zielgruppe richtete (in Prozent)
Kinder	26,8%	3,8%
Jugendliche	83,1%	45,1%
Haupt- und BerufsschülerInnen	7,1%	2,2%
MultiplikatorInnen	29,2%	10,1%

Mehrfachzuordnungen waren möglich

Die Zahlen zeigen zunächst auf, dass ca. 60% der ausgewerteten Projekte ihre Vorhaben ausschließlich an eine Zielgruppe richteten. Etwa 40 Prozent der Projekte wandten sich – wie erwünscht – an mehrere Zielgruppen, so beispielsweise bei Aktionen oder Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Eindeutig zu identifizierende Hauptzielgruppe im vorliegenden Datenmaterial sind Jugendliche.

In Bezug auf die Zahlenangaben zu Haupt- und BerufsschülerInnen ergibt sich das interpretatorische Problem, dass diese in den Fragebögen in nur wenigen Fällen explizit als Zielgruppe ausgewiesen wurden, diese tatsächlich aber vermutlich in vielen Fällen an Projekten teilnahmen, die als Zielgruppe „Jugendliche“ angaben. Aus dem Zahlenmaterial ablesbar ist aber dennoch, dass entgegen der Zielsetzung des Maßnahmenprogramms nur wenige Projekte mit einer speziell auf die Bedürfnisse von Haupt- oder Berufsschülern abgestimmten Konzeption arbeiteten bzw. diese gezielt ansprachen.

Entsprechend der Zielformulierung des Maßnahmenprogramms richtete sich darüber hinaus etwa ein Drittel der Maßnahmen (so etwa bei Informationsveranstaltungen) **auch** an MultiplikatorInnen: 11,4% der gesamten Projekte fokussierten als Qualifizierungsmaßnahmen ausschließlich MultiplikatorInnen. Durch diese Maßnahmen wurden dabei insgesamt sowohl hauptberufliche MultiplikatorInnen als auch ehrenamtliche MitarbeiterInnen aus Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schule erreicht. An Qualifizierungsmaßnahmen beteiligt waren dabei ebenfalls jugendliche GruppenleiterInnen sowie Kinder und Jugendliche, die u. a. zu Konfliktlotsen oder Peer-MediatorInnen ausgebildet wurden.

Die **Qualifikations- und Fortbildungsmaßnahmen** als wichtiger Bereich der Förderung politischer Jugendarbeit bezogen sich in folgender Häufigkeit auf die Didaktik und Umsetzung der genannten methodischen Ansätze:

Methodischer Ansatz	Anzahl der Projekte
	Insgesamt: 120 = 11,4% von 1054 Projekten
Bildungsorientierte Ansätze	57,5%
Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung	36,7%
Interkulturelle Erziehung	13,3%
Geschichtsorientierter Ansatz	6,7%
Kulturpädagogischer Ansatz	5,0%
Geschlechtsspezifischer Ansatz	3,3%
Partizipatorischer Ansatz	3,3%
Medienpädagogischer Ansatz	3,3%
Gemeinwesenorientierter Ansatz	2,5%
Erlebnispädagogischer Ansatz	1,7%

Mehrfachzuordnungen waren möglich

Zu erkennen ist hier, dass sich über die Hälfte der Qualifikationsmaßnahmen (auch) auf die Didaktik bildungsorientierter Ansätze richtete. Dieses Ergebnis war unter der Vorgabe der Ausrichtung des Maßnahmeprogramms auf die politische Bildung zu erwarten und erwünscht.

Auch der mit über einem Drittel hoch einzuschätzende Prozentsatz an Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungen zum Thema „Ansätze gewaltfreier Konfliktlösung“ ist angesichts der Thematik „Umgang mit Gewalt“ aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung positiv einzuschätzen. Ähnliches gilt für Qualifizierungsmaßnahmen in Bezug auf Ansätze interkultureller Erziehung, die mit ca. 13% vertreten waren.

In Anbetracht des oben erwähnten Mankos an Projekten im Bereich der - insbesondere auf männliche Jugendliche ausgerichteten - geschlechtsspezifischen Arbeit ist zu bedauern, dass Qualifizierungsmaßnahmen zu geschlechtersensiblen Ansätzen nur 3,3% des vorliegenden Datenmaterials ausmachen (vier Projekte). Hier besteht aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung ein erhöhter Bedarf an Entwicklung von Konzeptionen und an Fortbildungsmaßnahmen.

4.8 Verknüpfung von Zielgruppen und methodischen Ansätzen

Die **Projekte**, die sich – ausschließlich – an **Kinder** wandten, arbeiteten vorrangig mit folgenden Methoden:

Methode	Anzahl der Projekte
	Insgesamt: 39 = 3,8% von 1041 Projekten
Kulturpädagogische Ansätze	35,9%
Bildungsorientierte Ansätze	33,3%
Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung	30,8%
Erlebnispädagogische Ansätze	15,4%
Partizipatorischer Ansatz	7,7%
Interkulturelle Ansätze	7,7%
Medienpädagogische Ansätze	5,1%
Geschlechtsspezifische Ansätze	5,1%
Geschichtsorientierte Ansätze	0%
Gemeinwesenorientierte Ansätze	0%

Mehrfachzuordnungen waren möglich

Es zeigt sich, dass erwartungsgemäß der Zugang zur Zielgruppe in den wenigen Projekten, die sich ausschließlich an Kinder wandten, stärker mit kultur- und spielpädagogischen Elementen erreicht wurde als Projekte, die ausschließlich mit Jugendlichen arbeiteten. Positiv anzumerken ist, dass bei ca. einem Drittel der ausschließlich auf Kinder ausgerichteten Projekte bereits Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung vermittelt wurden und somit stark präventiv gearbeitet wurde. Der partizipatorische Ansatz wurde bei den „Kinderprojekten“ insbesondere in Form von Zukunftswerkstätten und „Kinder-Konferenzen“ verwirklicht.

Bei Jugendlichen kamen insgesamt häufiger rein bildungsorientierte und geschichtsorientierte Ansätze zum Tragen.

Die **Projekte** die sich – ausschließlich – an **Jugendliche** wandten, arbeiteten vorrangig mit folgenden Methoden:

Methodischer Ansatz	Anzahl der Projekte
	Insgesamt: 469 = 45,0% von 1041 Projekten
Bildungsorientierter Ansatz	36,0%
Kulturpädagogischer Ansatz	20,9%
Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung	17,7%
Geschichtsorientierter Ansatz	16,2%
Interkultureller Ansatz	16,0%
Medienpädagogischer Ansatz	11,1%
Erlebnispädagogischer Ansatz	8,7%
Partizipatorischer Ansatz	5,1%
Gemeinwesenorientierter Ansatz	4,9%
Geschlechtsspezifischer Ansatz	3,0%

Mehrfachzuordnungen waren möglich

Bei der Untergruppe der Projekte mit Zielgruppe Haupt- und BerufsschülerInnen ergab sich in Bezug auf die methodischen Zugänge ein ähnliches Bild wie bei den Jugendlichen insgesamt: rund 40% der 23 Projekte, die ausschließlich Haupt- und BerufsschülerInnen als explizite Zielgruppe ansprachen, arbeiteten mit bildungsorientierten Ansätzen. Mit ca. einem Drittel der durchgeführten Projekte waren nur die Ansätze zur gewaltfreien Konfliktlösung prozentual deutlich ausgeprägter als bei den Projekten mit der übergreifenden Zielgruppe „Jugendliche“.

4.9 Darstellung und Auswertung der Laufzeit der Projekte

Bei einem einjährig angelegten Aktionsprogramm stellt sich die Frage, wie sich die zeitliche Begrenzung auf die Laufzeit der einzelnen Projekte auswirkte. Die Ergebnisse sind in kategorisierter Form nachfolgend dargestellt:

	Anzahl der Projekte In Prozent
Projekte mit einer Laufzeit bis 1 Woche	29,8%
Projekte mit einer Laufzeit von 1 Woche bis 1 Monat	8,1%
Projekte mit einer Laufzeit von 1 Monat bis 3 Monaten	11,3%

Projekte mit einer Laufzeit von 3 Monaten bis 6 Monaten	23,7%
Projekte mit einer Laufzeit von 6 Monaten bis 9 Monaten	16,7%
Projekte mit einer Laufzeit von 9 Monaten bis 12 Monaten	8,9%
Projekte mit einer Laufzeit von über einem Jahr	1,5%

Die große Anzahl der Projekte mit einer Laufzeit bis zu einer Woche erklärt sich aus der hohen Zahl an umgesetzten Aktionstagen, Diskussionsveranstaltungen und Workshops. Erstaunlich und erfreulich ist, dass immerhin 282 Projekte (ca. 27%) eine Laufzeit von über sechs Monaten aufweisen.

Zahlreiche Projekte gaben in den Fragebögen an, unter der Voraussetzung des Vorliegens von Finanzierungsmöglichkeiten eine Fortführung des Projekts zu planen.

Darstellung und Auswertung der Entwicklung pädagogischer Arbeitshilfen

Ein Ziel der Förderung der politischen Bildung war die Erstellung von Arbeitshilfen für die pädagogische Praxis zum Themenfeld Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu entwickeln.

	Anzahl der Projekte, die Pädagogische Arbeitshilfen entwickelt haben	Projekte, die keine Arbeitsmaterialien für die pädagogische Praxis entwickelt haben
Projekte	8,0%	92,0%

Ein wesentlicher Punkt dabei war die Überlegung, diese Arbeitshilfen nicht am „Grünen Tisch der Bildungsarbeit“ zu entwickeln, sondern die Zielgruppe Haupt- und BerufsschülerInnen in Form von Beteiligungsprojekten in die Entwicklung mit einzubeziehen. Als eine weitere Zielgruppe für die Konzipierung und Anwendung von Arbeitshilfen waren vor allem männliche rechtsorientierte oder gefährdete Jugendliche benannt. Verglichen mit der Anzahl an Projekten, die ausgewiesen mit Berufs- und HauptschülerInnen gearbeitet haben (23 Projekte bzw. 2,2%) oder die in ihrer Konzeption Haupt- und BerufsschülerInnen mit aufgeführt haben (58 Projekte bzw. 7,1%), ist eine (Neu-)Orientierung der politischen Bildung in diese Richtung nicht zu erkennen.

Pädagogische Arbeitshilfen wurden dort, wo sie erstellt wurden, hauptsächlich für den Bereich Schule oder die außerschulischen Bildungsarbeit entwickelt.

5. Fazit

Der Zwischenstand der Auswertung zeigt, dass im Rahmen des Teilprogramms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus“ eine unerwartet hohe Anzahl an Projekten geplant und realisiert wurde.

Die Standorte der Projekte umfassten dabei sowohl Ober-, Mittel- und Unterzentren als auch ländliche Regionen. Im Zusammenhang mit der Erkenntnis, dass an der Umsetzung des Maßnahmenprogramms zu einem hohen Anteil auch kommunale Träger beteiligt waren, zeigt dies, dass in Bezug auf das uns vorliegende Datenmaterial die Zielvorstellung der Ausrichtung auf lokales Engagement umgesetzt worden ist.

Zusammenfassend hervorzuheben ist weiterhin, dass es die Vielfalt der umgesetzten Maßnahmeformen und methodischen Ansätze erlaubte, die unterschiedlichen Zielgruppen - insbesondere Kinder und Jugendliche - auf verschiedenen Ebenen (kognitiv, affektiv und handlungsbezogen) anzusprechen.

Die tiefergehende Auswertung der in den Projekten selbst erhobenen qualitativen Daten sowie der Sachberichte hat nähere Aufschlüsse insbesondere über konkrete Erfahrungen von PraktikerInnen sowie Lernprozesse von TeilnehmerInnen in bestimmten Projektkonstellationen geben können. Insbesondere im Bereich der Projekte zum interkulturellen Lernen haben sich dabei Problembereiche (Überfrachtung interkultureller Lernkonstellationen, Arbeit mit „veralteten“, zum Teil klischeestabilisierenden Methoden) gezeigt².

Problembereiche bei der direkten Umsetzung des Maßnahmenprogramms deuten sich insbesondere in Bezug auf die Tatsache an, dass entgegen der Zielsetzung des Programms nur verschwindend wenige Projekte geschlechtsspezifisch mit männlichen Jugendlichen arbeiteten. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass weiterhin ein grundsätzlicher Mangel an Konzepten zur bildungsorientierten und pädagogischen Arbeit mit (rechtsorientierten und gewaltbereiten) männlichen Jugendlichen sowie an diesbezüglich qualifizierten Jungenarbeitern in der Sozialarbeit und –pädagogik besteht.

Auffällig ist weiterhin, dass nur wenige Projekte gezielt bzw. vor dem Hintergrund zielgruppenspezifischer Konzeptionen Haupt- oder BerufsschülerInnen ansprachen. Auch dieses Ergebnis spiegelt die bekannte Problematik wider, dass politische Bildung hauptsächlich den Personenkreis erreicht, der sozialisationsbedingt ohnehin ein Interesse an ihr zeigt.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung wurden im Rahmen einiger Fachforen sowie auf der **Projektmesse „Stark für Toleranz und Demokratie“** am 07. und 08. Februar 2002 in Leipzig interessierten PraktikerInnen, Fachleuten und PolitikerInnen vorgestellt.

² Aus diesem Grund soll im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von „entimon“ eine Fachtagung zum Thema „interkulturelle Erziehung / interkultureller Dialog“ durchgeführt werden, auf der in Zusammenarbeit von ReferentInnen und ProjektmitarbeiterInnen Qualitätsstandards für interkulturelle Projekte erarbeitet werden sollen (Vgl. hierzu auch Kapitel 6 diesen Berichts).

Die Projektmesse, die durch das DJI inhaltlich und organisatorisch vorbereitet wurde, bot ca. 100 Maßnahmenprojekten die Möglichkeit, die Öffentlichkeit über ihre jeweiligen Projekterfahrungen und -ergebnisse zu informieren.

Die Auswahl der Projekte orientierte sich dabei an den inhaltlichen Gesichtspunkten der Qualität, der Streuung über die entstandenen Projekttypen und methodischen Ansätze sowie an regionaler Ausgewogenheit. Die Auswahl der Projekte fand in Absprache mit dem BMFSFJ und den Ländern statt.

Die Präsentation der jeweiligen Projekterfahrungen erfolgte über einen „Markt der Möglichkeiten“, Präsentationswände, audiovisuelle Medien sowie Darstellungen auf einer „Bühne der Projekte“.

Neben dieser Präsentation der Projekte wurden Workshops zur Diskussion unterschiedlicher methodischer Ansätze der politischen Bildung durchgeführt, die den PraktikerInnen die Möglichkeit zum Austausch und zur gegenseitigen Vernetzung bieten sollen. In den Workshops wurden dabei jene Fragestellungen zur Diskussion gestellt, die sich für die wissenschaftliche Begleitung des Maßnahmeprogramms als besonders problembehaftet herausgestellt hatten:

Die des Erreichens der gewünschten Zielgruppe, die der Partizipation der Zielgruppe sowie die Frage nach verschiedenen Ansätzen interkulturellen Lernens.

Mit der Eröffnung der Messe durch Frau BM Dr. Bergmann und die Durchführung einer Pressekonferenz konnte die Messe darüber hinaus eine entsprechende Breitenwirkung entfalten.

Die Auswertung der Messe wird durch die wissenschaftliche Begleitung vorgenommen und auf der Homepage des DJI veröffentlicht.

6. Perspektiven: Weiterführung des Programmteils „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ im Jahr 2002

„Entimon³ – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ - Programmaufbau, Schwerpunktsetzung, Programmbegleitung –

Auf Grund der bisher vorliegenden Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Maßnahmenprogramm und der notwendigen gesellschaftspolitischen Wahrnehmung, dass die Ausbreitung von antidemokratischen Tendenzen, die Zunahme von Rassismus und intoleranten Verhaltensweisen einhergehend mit einer hohen Gewaltbereitschaft nach wie vor eine enorme Herausforderung für die Demokratie bedeuten, ist weiterhin auf allen gesellschaftlichen Ebenen eine gemeinsame und entschlossene Gegenwehr im Sinne demokratischen Handelns unabdingbar.

Die Auswertung des Programms „*Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt*“ zeigte neben der in vielen Bereichen gelungenen Umsetzung der Förderschwerpunkte auch Defizite der politischen Bildung auf. Dies betrifft vor allem die Entwicklung von Projekten zur Arbeit mit auffälligen, rechtsorientierten und/oder gewaltbereiten männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (hier ist insbesondere die Jungenarbeit gefordert), Projekte mit der Zielgruppe „HauptschülerInnen“ bzw. der Zielgruppe „BerufsschülerInnen“. Auch im Bereich der Projekte mit interkulturellen Arbeitsansätzen sind große konzeptionelle Unsicherheiten deutlich geworden. Darüber hinaus offenbarte die Auswertung des Programms eine sehr unterschiedliche Auffassung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen (Partizipation) in den einzelnen Projekten. Eine weitere Forderung aus der Auswertung des Programms an ein Folgeprogramm ist die Förderung von (interdisziplinären) Netzwerken und Kooperationen zur Bearbeitung der aufgetretenen Fragestellungen.

Die Bundesregierung hat daher beschlossen, im Rahmen des Aktionsprogramms „*Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*“ den Programmteil „*Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt*“ ab 2002 unter dem neuen Namen „*Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus*“ fortzuführen und weiterzuentwickeln. Dafür stehen im Jahr 2002 Mittel in Höhe von 10 Mio. € zur Verfügung.

Aufgabe des Programms ist auch 2002 die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz sowie die Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt. Einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieser Aufgabe, soll wie auch 2001, die politische Bildung leisten.

Für 2002 werden drei zentrale Förderschwerpunkte zur praktischen Umsetzung dieses Programmteils benannt:

- **Lokale Netzwerke:** Projekte mit einer Konzeption zur Vernetzung verschiedener Akteure der Jugendbildung und Jugendhilfe auf lokaler Ebene zur wirkungsvollen und nachhaltigen Auseinandersetzung mit sozialer und kultureller Ausgrenzung.
- **Interkulturelles Lernen:** Projekte, die sich um die Förderung und Unterstützung des interkulturellen Dialogs sowie der „Toleranz der Religionen“ im Kontext von Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Stigmatisierung bemühen.

³ „Entimon“ für altgriechisch „Respekt“, „Würde“.

- **Politische Bildungsarbeit:** Projekte mit Konzeptionen, die im Kontext rechts-extremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Herausforderungen die Entwicklung von zeitgemäßen und praxisorientierten pädagogischen Arbeitshilfen umsetzen. Der Schwerpunkt liegt hier auf einer geschlechterbewussten Bildungsarbeit mit dem Augenmerk auf der Zielgruppe der HauptschülerInnen bzw. der BerufsschülerInnen und den rechtsorientierten und/oder gefährdeten männlichen Jugendlichen. Es werden insbesondere Projekte gefördert, die diese Arbeitshilfen in direkter Partizipation und Kooperation mit Projekten der Sozialarbeit entwickeln; dass heißt auch hier sind interdisziplinäre Netzwerke eingefordert. Darüber hinaus sind der Bereich der Qualifizierung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen und der Bereich der medienpädagogischen Arbeit Inhalt dieses Schwerpunktes.

Zur Begutachtung der Projektförderanträge wurde ein Programmbeirat eingerichtet, der sich aus Vertretern und Vertreterinnen von Wissenschaft, Politik und Jugendhilfe zusammensetzt.

Vor dem genannten Hintergrund hat das mit der wissenschaftlichen Begleitung von „Entimon“ beauftragte Deutsche Jugendinstitut folgende Aufgaben in das Zentrum der wissenschaftlichen Begleitung gestellt:

- Einrichtung und Fortschreibung einer Übersicht aller Projekte und Aktivitäten des Programms *„Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“* im Rahmen des Aktionsprogramms.
- Projektbesuche und fachliche Analyse von ausgewählten Projekten hinsichtlich ihrer Voraussetzungen, konzeptionellen und methodischen Grundlagen, erreichten Zielgruppen, entwickelten Netzwerke und ihren Ergebnissen sowie Erfahrungen.
- Beratung und Begleitung der Sitzungen des Programmbeirates sowie der Abschlusstagung des Programmbeirates.
- Vorbereitung, Organisation, Durchführung und Dokumentation von Fachtagungen bzw. Fachseminaren zu programmspezifischen Fragestellungen⁴.
- Kooperation mit der wissenschaftlichen Begleitung des Programmteils „CIVITAS“ im Aktionsprogramm.
- Erstellung von Berichten über Ergebnisse und Erkenntnisse der Programmumsetzung für den Deutschen Bundestag und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
- Inhaltliche Unterstützung der „entimon“-Servicestelle der gsub bei der Gestaltung der Programm-Homepage⁵.
- Nachhaltigkeit 2001: Was ist aus den Projekten im Rahmen des Programmteils „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ geworden? Hierzu führt das DJI eine stichprobenartige Fragebogenumfrage unter den in 2001 geförderten Projekten durch.

⁴ Geplant ist für September 2002 eine Fachtagung mit dem Schwerpunkt „Transkulturelles Lernen und Transreligiöser Diskurs“.

⁵ Die URL von „entimon“ lautet: <http://www.entimon.de>

- Projektdarstellungen –
(Kurzfassungen)

Geförderte Konzepte des
Programms

**„Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
und Gewalt“**

Inhaltsverzeichnis

1. Projekte mit Ansätzen zur gewaltfreien Konfliktlösung	33
Power for Peace e.V. – CAT (Creative and active training)	33
Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. – Cool sein, cool bleiben	33
2. Projekte mit bildungsorientierten Ansätzen	34
Lea Rosh Kommunikation und Medien GmbH – Das Politische Café	34
GEMINI – Politische Bildung als Ermutigung zur Zivilcourage	35
3. Projekte mit erlebnispädagogischen Ansätzen	36
Jugendmedienverband M.-V. e.V. – Baltic Youth Cruise	36
4. Projekte mit geschichtsorientierten Ansätzen	36
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Int. Workcamps	36
Anne Frank Zentrum – Entwicklung einer neuen Anne Frank – Ausstellung	37
5. Projekte mit geschlechtsspezifischen Ansätzen	38
Mädchentreff Bielefeld e.V. – Girls act	38
6. Projekte mit kulturpädagogischen Ansätzen	38
Cabuwazi e.V. – 3. Internationales Festival der Kinder- und Jugendzirkusse	38
7. Projekte mit medienpädagogischen Ansätzen	39
Jugendschutz Net – Rechtsextremismus im Internet	39
RAA Berlin – CIVIS 2001: Europäischer Jugendvideowettbewerb	40
8. Projekte mit partizipationsorientierten Ansätzen	41
Landesjugendring Schleswig-Holstein – Ansätze demokratischen Lernens	41

1. Projekte mit Ansätzen zur gewaltfreien Konfliktlösung

CAT – Creative and active training
Träger: Power for Peace e.V.
Frau Ellen M. Zitzmann
Postfach 20 16 43
80016 München

„*Creative and active training*“ (CAT) ist ein Gewaltpräventionstraining, das nicht nur primär-, sondern auch sekundär- und terziärpräventiv eingesetzt wird und am (potentiellen) Täter ansetzt. Es wird vom Verein „Power for Peace“ in Haupt- und Berufsschulen und unter dem Namen „CHANGE“ in Justizvollzugsanstalten durchgeführt.

Der Münchner Verein „Power for peace e.V.“ arbeitet dabei mit einem Konzept, das auf das „Alternatives to Violence Project (AVP)“ zurückgeht, das seit 1975 in US-amerikanischen Gefängnissen und Schulen Gewaltpräventionskurse anbietet. Die Begründerin von „CAT“, Ellen M. Zitzmann, hat das AVP-Konzept deutschen Bedingungen und Gegebenheiten angepasst und dabei auch eine Abwandlung des ursprünglichen Konzepts vorgenommen, das sie für ihre persönliche Arbeit als zu spirituell empfand.

Ziel ihrer Arbeit ist es, in Jugendlichen, die unter erschwerten Bedingungen aufwachsen, im gesellschaftlichen Abseits stehen und temporäre oder lang andauernde soziale und persönliche Notlagen bewältigen müssen, das Potential zur konstruktiven Konfliktlösung heranzubilden. Im Mittelpunkt des Konzepts, dessen Wurzeln in der Idee des Self-Empowerment verankert sind, stehen die Entwicklung von Selbstwert- und Gemeinschaftsgefühl, Verbesserung der Selbst- und Fremdwahrnehmung, Empathiefähigkeit, Abbau von Ausweich- und Vermeidungsverhalten sowie Methoden aktiver und konstruktiver Konfliktlösung.

Zur Erhöhung der Identifikation und Motivation der teilnehmenden Jugendlichen fungieren ehemalige Strafentlassene als Co-Trainer; es ist interessierten und geeigneten Jugendlichen darüber hinaus möglich, sich nach Absolvierung des Basis-, Aufbau- und Trainerkurses ebenfalls zu Co-Trainern ausbilden zu lassen.

Training „Cool sein, cool bleiben“
Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.
Frau Gitte Theisen
Pfützenstr. 1
54290 Trier

„*Cool sein, cool bleiben*“ ist ein präventives Training für Jugendliche, das ursprünglich vom Frankfurter Kinderbüro entwickelt wurde und darauf abzielt, Handlungskompetenz in Gewaltsituationen zu vermitteln. Das Training umfaßt Übungen, die veranschaulichen, wie es gelingen kann, gar nicht erst in das „Magnetfeld“ des Täters zu gelangen bzw. aus ihm zu entkommen, Konfliktsituationen öffentlich zu machen und Hilfe zu holen. Die einzelnen Module des Trainings, die durch einen von Jugendlichen gedrehten Film visualisiert und unterstützt werden, sind praxisnah,

einprägsam und daher auch nach den Trainings leicht in den Schul- oder Jugendcluballtag zu integrieren.

Das Training wird durch die „Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.“, die im Friedens- und Umweltzentrum in Trier ansässig ist, in Schulen, Jugendeinrichtungen und Heimen angeboten.

Die AG Frieden verfolgt einen ganzheitlichen friedenspädagogischen Ansatz und bietet neben den Trainings für Jugendliche auch Gewaltpräventionskurse in Grundschulen und Projekte zur „Eine-Welt-Pädagogik“ an.

2. Projekte mit bildungsorientierten Ansätzen

Das Politische Café – Initiative gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus“
Lea Rosh Kommunikation und Medien GmbH
Frau Lea Rosh, Herr Jakob Schulze-Rohr, Herr Günter Jeschonnek
Gormannstraße 14
10119 Berlin

Das „Politische Café“ möchte im Rahmen von Informations- und Diskussionsveranstaltungen die Bevölkerung in den Dialog mit zuständigen PolitikerInnen bringen, um Fragen zu Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sowie die gegenwärtige lokale Situation und mögliche Handlungsstrategien vor Ort zu diskutieren. Aufgesucht wurden dabei neben Berlin Orte in den neuen Bundesländern, die wie Frankfurt/Oder, Magdeburg, Guben, Hoyerswerda, Rostock, Cottbus und Eisenach von rechtsextremen Überfällen betroffen waren.

Die Besonderheit des „Politischen Cafés“ liegt dabei darin, dass die jeweiligen lokalen Begebenheiten stark in die Konzeption und Durchführung der Cafés mit einbezogen werden: Die Geschichte und geographische Lage sowie die Sozialstruktur der jeweiligen Stadt und natürlich die Merkmale der rechtsextremistischen Taten fließen in die konkrete Themenfindung mit ein und bestimmen die Auswahl der PodiumsteilnehmerInnen und des Veranstaltungsortes. Ein Schwerpunkt liegt dabei auch auf der Situation in den deutsch-polnischen Grenzregionen, da sich durch die Grenznähe einerseits besondere Chancen in Bezug auf den Dialog und Austausch mit den östlichen Nachbarländern bieten, sich aber gleichzeitig auch verstärkt Interessen rechtsextremer Gruppierungen auf sie richten.

Die „Politischen Cafés“ richten sich an möglichst breite Teile der Bevölkerung; sie sollen überdies in mehreren besuchten Städten wiederholt werden, um an die Diskussionen und Ergebnisse der ersten Veranstaltung anzuknüpfen und Entwicklungen hin zu Zivilcourage und gemeinsamen Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu verfolgen und weiterzuentwickeln.

Politische Bildung als Ermutigung zur Zivilcourage gegen Rechtsextremismus,
Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit – Aktionswochen der politischen
Jugendbildung im Herbst 2001

GEMINI – Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung
Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung
Akademieweg 11
73087 Bad Boll

GEMINI, die „Gemeinsame Initiative der Träger der politischen Jugendbildung“, entstand Ende der 70er-, Anfang der 80er- Jahre aus dem Kreis der im „Bundesausschuss Politische Bildung“ assoziierten Träger als Arbeitsgruppe, die sich insbesondere mit politischer Jugendbildung beschäftigt. GEMINI sieht ihre Aufgabe darin, die Anliegen politischer Jugendbildung zu vertreten, in bundesweiten Initiativen mitzuarbeiten und die Arbeit, die in den Verbänden stattfindet, in die Öffentlichkeit zu bringen sowie eigene Veranstaltungen durchzuführen.

Auf Grundlage dieses gemeinsamen Selbstverständnisses wurde das Projekt „Aktionswoche der politischen Bildung“ geplant und durchgeführt. Von den Mitgliedsverbänden wurden ca. 130 Veranstaltungen zu den folgenden Themenschwerpunkten durchgeführt:

- Analysen von rechten Szenen und rechten Netzen,
- Beschäftigung mit dem schwierigen Erbe des Nationalsozialismus,
- Demokratie: beteiligen und gestalten,
- Gewaltprävention und Konfliktbewältigung,
- Eine Welt der Vielfalt – interkulturelle Bildung.

GEMINI bündelte die Arbeit, die damit gemachten Erfahrungen und die Auswertungen aus den vielen kleinen kommunalen Verbänden und organisierte die bundesweite Öffentlichkeitsarbeit dazu.

Ein Hintergrund für diese Arbeit ist der Versuch, die Trennung zwischen politischer Bildung, Jugendsozialarbeit, kultureller Bildung und Jugendberufshilfe aufzuheben und vor Ort die Kooperation mit anderen Bereichen der Jugendhilfe zu suchen und zu fördern.

Im Oktober 2001 fand in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein abschließend eine von GEMINI organisierte Fachtagung zu den Aktionswochen statt, deren Ziel es war, die vielen verschiedenen Projektaktivitäten zu reflektieren, gelungene, aber auch gescheiterte Projektaktivitäten vorzustellen und zu analysieren und die Frage nach der Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Programme zu diskutieren.

3. Projekte mit erlebnispädagogischen Ansätzen

Baltic Youth Cruise: for peace and tolerance in the baltic sea region
Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Herr Björn Richter
Postfach 109184
18013 Rostock

Im Mittelpunkt der „Baltic Youth Cruise“, die auf vier zweiwöchigen Segeltouren in der Ostsee fast 100 Jugendliche zusammenführte, stand die Verständigung von Jugendlichen aus den Ostseeanrainerstaaten und anderen europäischen Ländern sowie die gemeinsame Bearbeitung von ostseeraumspezifischen Fragestellungen. Die Ostseeregion, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in den letzten Jahren wie keine andere europäische Region von sozialen und politischen Umwälzungen betroffen war, bildete somit den Hintergrund für eine europäische Jugendbegegnung und bot Raum für interkulturelle Auseinandersetzungen über die historische Entwicklung und aktuelle und soziale Gegebenheiten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Anrainerstaaten.

Die Segeltouren fanden unter vier verschiedenen Aufgabenstellungen statt: Auf der „*Beteiligungstour*“ wurden Formen von Jugendbeteiligung vorgestellt und diskutiert, die „*Phototour zwischen Ost und West*“ diente der Erstellung einer Fotodokumentation, die „*Musicaltour*“ der Entwicklung eines kleinen „Musicals für Demokratie“ und die „*Videotour*“ brachte „Videoclips für Toleranz“ hervor.

Auf den vier unterschiedlichen Routen, die über Häfen in Dänemark, Schweden, Deutschland, Polen und Litauen führten, ergaben sich jeweils auch Gelegenheiten zu Landgängen, direkten Erkundigungen und Befragungen.

Die Enge auf dem Segelschiff brachte es mit sich, dass aufkommende Konflikte tatsächlich thematisiert und bearbeitet werden mussten.

4. Projekte mit geschichtsorientierten Ansätzen

Durchführung und Betreuung internationaler Workcamps in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten / Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück
Frau Dr. Jakobeit
Straße der Nationen
16798 Fürstenberg

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten führt in Zusammenarbeit mit dem „Verein Junger Freiwilliger“ (VJF), dem „Service Civil International“ (SCI) und der „Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste“ (ASF) jedes Jahr mehrere internationale

Workcamps mit und in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück durch. Eine Besonderheit dabei ist, dass auf dem Gelände des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers auch reine Frauenworkcamps stattfinden, in denen sich besonders intensiv und frauenspezifisch mit der Geschichte der zur Zeit des Nationalsozialismus in Ravensbrück inhaftierten Frauen beschäftigt wird.

Die inhaltliche Arbeit mit der KZ-Geschichte in Führungen, Zeitzeugengesprächen und Filmen wird mit praktischer Arbeit auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers verknüpft: Die WorkcampteilnehmerInnen sollen einen Einblick in den wissenschaftlichen Forschungsablauf bekommen, die Grabungen zur Wiedersichtmachung der ursprünglichen Bausubstanz sowie die Konservierung und Dokumentation der Funde einschließt.

Entwicklung einer neuen Anne Frank - Ausstellung für Jugendliche
Anne Frank Zentrum
Herr Jan Krebs
Oranienburger Str. 26
10117 Berlin

Die vom Anne Frank Haus in Amsterdam 1995 bis 1996 entwickelte Anne Frank Ausstellung „*Anne Frank – eine Geschichte für heute*“ hat 5 Jahre lang erfolgreich dazu beigetragen, neue Wege in der auf die Jugendbildungsarbeit bezogenen Didaktik von Ausstellungen im Bereich der Gedenkstättenpädagogik vorzuführen und anzustoßen. Fünf Jahre später ist es gelungen, mit Hilfe des Programms „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ ein interdisziplinäres und internationales Team zusammenzubringen und die alte Ausstellung zu überarbeiten. Die Konzeption der bisherigen Ausstellung und die praktische pädagogische Arbeit mit ihr wurden evaluiert; am Ende stand die Idee, ein völlig neues Konzept, vor allem aber auch einen neuen medienpädagogischen Arbeitsansatz, den „interaktiven Lernort“, zu entwickeln.

Eine wesentliche Weiterentwicklung des Konzepts ist der Versuch, über die Darstellung der Geschichte Anne Franks während ihrer Zeit in Amsterdam hinauszugehen und ihre Kindheit in Frankfurt/Main und die Kindheitsgeschichten der Freunde von Anne Frank in Deutschland zu dokumentieren.

Die pädagogisch vermittelte Grundidee der Ausstellung ist weiterhin die einer Lernwerkstatt mit dem Anspruch einer hohen Eigenaktivität der BesucherInnen. Dies soll auf der Basis des Per to Peer-Konzepts „Jugendliche begleiten Jugendliche“ erreicht werden.

5. Projekte mit geschlechtsspezifischen Ansätzen

Girls act – Antirassistische Mädchenprojekte im Rampenlicht
Mädchentreff Bielefeld e.V.
Frau Sabine Lück
Alsenstraße 28
33602 Bielefeld

Der Mädchentreff Bielefeld e.V. ist eine offene Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtung für Mädchen und junge Frauen, dessen Arbeitsansatz die Verknüpfung von entwicklungsbegleitender und unterstützender Betreuung mit Konzepten der Kulturpädagogik, Bildungsarbeit, Beratungsarbeit, sozialer Gruppenarbeit und Einzelfallhilfe ist.

In dem Projekt „Girls act“ wurde im Rahmen dieser Mädchenarbeit ein sehr junger Ansatz in der Antirassismuserfahrung umgesetzt, indem zum Teil getrennt mit allochthonen und autochthonen Mädchen gearbeitet wurde. Entsprechend neuerer Konzepte transkultureller und antirassistischer Konzepte wurde allochthonen Mädchen in einem Theaterworkshop die Möglichkeit gegeben, ihre Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen zu thematisieren und zu bearbeiten, während mit den autochthonen Mädchen eine Sensibilisierung in bezug auf eigene Rassismen angestrebt wurde.

Die Ergebnisse der einzelnen kulturpädagogischen Workshops (Rap, Capoeira, Theater) wurden auf einem durch die Mädchen selbst organisierten und durchgeführten Fest dem Stadtteil präsentiert, ihre politischen Forderungen im Rahmen einer Plakataktion in Bielefeld öffentlich gemacht.

6. Projekte mit kulturpädagogischen Ansätzen

Drittes internationales Festival der Kinder- und Jugendzirkusse "Mitmachen statt Draufhauen – Fremde werden Freunde"
Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi e.V.
Frau Sabine Graf
Bouchéstraße 75
12435 Berlin

„Cabuwazi“ ist ein großer sozialpädagogischer Kulturbetrieb in Berlin und gleichzeitig Europas größter Kinder- und Jugendzirkus. Bereits drei Mal hat „Cabuwazi“ inzwischen ein „*Internationales Festival der Kinder- und Jugendzirkusse*“ durchgeführt, das den Austausch zwischen verschiedenen europäischen Kinder- und Jugendzirkussen vertiefen und die interkulturelle Kommunikation fördern will.

Das letztjährige Festival fand unter dem Motto „*Mitmachen statt Draufhauen – Fremde werden Freunde*“ statt und fand unter Beteiligung von 14 Zirkussen aus sechs Ländern vom 21. – 30. September auf dem Gelände des Treptower Zirkusses in Berlin statt. Während des Festivals wurde gemeinsam trainiert, an Workshops von

unterschiedlichen ZirkustrainerInnen teilgenommen und an mehreren Aufführungen und Galaabenden teilgenommen.

Den VeranstalterInnen war dabei wichtig, sich das Potential der Zirkusarbeit in bezug auf die Förderung sozialer und emotionaler Lernprozesse – nämlich die Herausbildung von Gemeinsinn, Kooperation, Hilfsbereitschaft und Verantwortung des Einzelnen für den jeweils Anderen – auch für interkulturelles Lernen nutzbar zu machen.

7. Projekte mit medienpädagogischen Ansätzen

Modellprojekt „Rechtsextremismus im Internet“ – Bekämpfung und Auseinandersetzung mit rechtsextremen Angeboten für Jugendliche
Jugendschutz Net
Herr Stefan Glaser
Fritz-Kohl-Straße 24
55122 Mainz

Träger des Projekts ist die Zentralstelle der Länder für Jugendschutz in Mediendiensten, Jugendschutz Net. Aufgabe von Jugendschutz Net ist es, Jugendschutz in dem komplexen Umfeld „Neue Medien“ praktikabel zu machen und jugendschutzrelevante Inhalte im Internet und anderen Mediendiensten aufzuspüren, gegebenenfalls das nach dem Mediendienste-Staatsvertrag zuständige Land zu informieren sowie die entsprechenden Anbieter zu bewegen, die jeweiligen Inhalte zu ändern oder aus dem Internet bzw. anderen Mediendiensten herauszunehmen. Neben der Dokumentation rechtsextremer und/oder jugendgefährdender Inhalte, der Prüfung technischer Möglichkeiten der Verhinderung jugendgefährdender Schriften im Internet und der intensiven Diskussion mit Providern bezüglich deren Mitwirkungspflichten beim Jugendschutz verfolgt Jugendschutz Net einen weiteren Strang in der Auseinandersetzung mit jugendgefährdenden Inhalten im Netz: Das Modellprojekt setzt auf die Auseinandersetzung mit Jugendlichen, auf die Förderung von Medienkompetenz und die Qualifizierung von MultiplikatorInnen im Umgang mit dem Internet.

In Verbindung mit der Planung und Durchführung des Projekts *„Rechtsextremismus im Internet“* im Rahmen des Programms *„Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“* hat Jugendschutz Net Kontakte zu den Landeszentralen der politischen Bildung, zum Jugendamt Frankfurt/Main sowie den damit verbundenen Jugendeinrichtungen geknüpft. Auf verschiedenen Treffen wurde die Arbeit von medienpädagogischen Projekten mit Jugendlichen vorgestellt und erste gemeinsame Veranstaltungen geplant. Ein weiterer Baustein des Projekts beschäftigt sich mit der Entwicklung von Arbeitshilfen zum Thema; bereits entwickelt wurde die CD *„Rechtsextremismus im Internet – Recherchen, Analysen, pädagogische Modelle zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“* für MultiplikatorInnen und pädagogische Fachkräfte der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit.

Civis 2001: Europäischer Jugendvideowettbewerb „Leben in kultureller Vielfalt – gegen Rassismus und Ausgrenzung“

RAA Berlin

Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V.

Frau Katja Pott

Chausseestraße 29

10115 Berlin

Ziel des Civis-Preises ist es, Jugendliche und junge Erwachsene zu motivieren, sich gegenüber Menschen anderer Kulturen zu öffnen, Vorurteile abzubauen und sich mit der Rolle der Medien in bezug auf dieses gesamtgesellschaftlich wichtige Thema kritisch auseinanderzusetzen.

Seit 1995 wird der CIVIS-Hörfunk- und Fernsehpreis durch das CIVIS-Jugendprojekt zur interkulturellen Medienerziehung ergänzt. Es wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft der RAA und der Freudenbergstiftung, die das Projekt kofinanziert und fördert, angeregt. Seit 1999 hat der Wettbewerb eine internationale Komponente. Als gemeinsame Zielsetzung des internationalen Wettbewerbs steht:

- die Bildung, Sensibilisierung und Aktivierung von Jugendlichen zu den Themen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung,
- die Förderung von Demokratie und interkulturellem Lernen in Europa über eine innovative Medienarbeit,
- der Austausch von Erfahrungen zwischen Jugendlichen aus Europa in Form der internationalen Jurysitzungen und eines internationalen Jugendmedienseminars parallel zur Preisverleihung in Warschau,
- die Vernetzung von Organisationen, die in diesem Bereich medienpädagogisch mit Jugendlichen arbeiten.

Die Zielgruppe, an die sich der Wettbewerb richtet, sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 14 und 22 Jahren. Durch das hohe Interesse an dem Medium Video und Film ist es möglich, auch Jugendliche zu erreichen, die sich ansonsten mit diesem Thema nicht auseinandersetzen.

Bekannt gemacht wird der Wettbewerb jeweils über die zahlreichen RAAs, das Internet und darüber hinaus über verschiedene Medieninstitutionen, Hochschulen und Jugendeinrichtungen. Die Jugendlichen können sich bei den jeweiligen Kontaktpartnern bewerben, allein oder in Gruppen ein eigenes Video zum jeweiligen Themenschwerpunkt produzieren und sich so mit dem Produkt an dem Wettbewerb beteiligen. Anschließend werden die Videos von einer internationalen Jury begutachtet.

8. Projekte mit partizipationsorientierten Ansätzen

Workshop „Ansätze demokratischen Handelns“ auf der Jugend-Ostseekonferenz
2001

**Landesjugendring Schleswig-Holstein
Ostsee-Jugendbüro
Herr Dr. John Goss
Holtener Straße 99
24105 Kiel**

Seit 1989 kommen VertreterInnen der Jugendarbeit aus allen zehn Ostseeanrainerstaaten einmal im Jahr zur Ostsee-Jugendkonferenz zusammen und beraten gemeinsam über aktuelle Aufgaben der Jugendarbeit. Mit der Zeit hat sich dabei aus der Konferenz ein wichtiges interkulturelles Forum für MultiplikatorInnen der Jugendarbeit im Ostseeraum entwickelt. In den Seminaren geht es nicht vorrangig nur um Wissensvermittlung, sondern insbesondere um den gegenseitigen Austausch, die eigenständige Erarbeitung von Projektvorhaben für die jeweiligen Heimatländer sowie die Förderung von bi- und multinationalen Kooperationen.

Das übergreifende Thema der Ostsee-Jugendkonferenz 2001, die vom 20. – 27. Oktober in Neumünster stattfand, lautete *„Beteiligung und Demokratie in der Jugendarbeit in der Ostseeregion“*. Insgesamt 51 junge Fachkräfte aus der Jugendarbeit in Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Polen, Russland, Estland, Lettland und Litauen nahmen an ihr teil und erarbeiteten in vier Workshops Projektvorhaben für ihre eigene Jugendarbeit in ihren Herkunftsland. In dem über die *„Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“* geförderten Workshop *„Ansätze demokratischen Lernens“* wurden Kooperationen für die Umsetzung von konkreten und realistischen Projektideen zur Arbeit mit Straßenkindern und Minderheiten sowie für die Durchführung von internationalen „Train the trainers“-Seminaren verabredet.